

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schaltungen nehmen die Postämter und die Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Jahrgang 12. —

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 242

Mittwoch, den 16. Oktober 1929

24. Jahrgang

An das deutsche Volk!

Seit mehr als zehn Jahren kämpft das deutsche Volk gegen die ungeheuren Lasten, die ihm der Vertrag von Versailles als Folge eines heldenhaft geführten, aber verlorenen Krieges auferlegt hat. Nach einer Epoche, in der die Siegerstaaten durch Anwendung einer ungehemmten Machtpolitik Deutschland ihren Willen aufzuzwingen suchten, einer Epoche, die Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes brachte, gelang es endlich den deutschen Bemühungen, einen Umweg herbeizuführen. Andere Methoden der Politik kamen zur Geltung und schützten unser Vaterland vor den drohenden Gefahren. Auf die Zeit der Gewalt und der einseitigen Diktate folgte die Zeit der Unterhandlungen und der Verständigung. Die Vernunft setzte sich durch. Deutsche Männer traten hervor, festen Herzens und klaren Kopfes, unbekümmert um den Fanatismus, der ihnen aus dem eigenen Volke entgegenschlug. Diese Männer wiesen den Weg in die bessere Zukunft. Es zeigte sich immer mehr, daß nur auf diesem Wege das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden konnte.

Das Ergebnis dieser mühsamen, aber allein möglichen Politik ist, daß sich die Stellung Deutschlands unter den Völkern wieder gefestigt hat. Jetzt steht in kurzer Frist die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung bevor. Die Reparationen sollen um erhebliche Jahresbeträge herabgesetzt werden, die dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zugute kommen werden. Die Souveränität der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft soll wiederhergestellt werden. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um auch das Saargebiet alsbald wieder restlos mit dem übrigen Deutschland zu vereinen. Gewiß sind damit noch nicht alle Aufgaben der deutschen Politik erfüllt, aber es ist der Weg eröffnet, um den Wiederaufbau Deutschlands zu Ende zu führen und unserem Lande die Zukunft zu sichern, auf die es ein Recht hat.

Diese Entwicklung soll jetzt mit einem Male abgebrochen werden. Ein Volksbegehren soll zustande gebracht werden, das die grundsätzliche Umkehr von der Politik der Verhandlungen und der Verständigung verlangt, und das den Anschein zu erwecken sucht, als ob Deutschland jetzt seine Wünsche und Forderungen den Siegern des Weltkrieges aufzwingen könnte. Deutschland soll sich losagen von den Haager Vereinbarungen über die Befreiung des Rheinlandes; man glaubt, durch einseitige deutsche Beschlüsse die fremden Truppen aus den besetzten Gebieten herausbringen zu können.

Deutschland soll die schwebenden Verhandlungen über die Erleichterungen der Reparationslasten abbrechen und an den unerfüllbaren Bedingungen des Dawesplanes festhalten, um so eine finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, deren unabsehbare Folgen jeder einzelne Deutsche zu tragen haben würde. Ein solcher Plan ist keine ernsthafte, verantwortungsvolle Politik. Kein vernünftig denkender Deutscher, dem der Wiederaufstieg seines Vaterlandes am Herzen liegt, kann ein solches Vorhaben fördern. Trotzdem wagen die Urheber dieses Planes, ein Gesetz vorzuschlagen, das diejenigen Deutschen, die sich in verantwortlicher Stellung zu der bisher erfolgreich betriebenen Verständigungspolitik bekennen, als gemeine Landesverräter behandelt und mit Zuchthaus bedroht ein Vorschlag, so ungeheuerlich, daß er als Versuch schlimmster Volksverführung gebrandmarkt werden muß.

Das ganze „Volksbegehren“ ist auf einer offenkundigen Unehrlichkeit aufgebaut, es stützt sich auf die unsinnige Behauptung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik auf der Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands beruhe und daß die deutsche Regierung den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages nur schriftlich zu widerrufen brauche, um Deutschland von allen Lasten und Fesseln des Vertrages zu befreien. Niemals hat Deutschland den einseitigen Schuldpruch des Versailler Vertrages anerkannt. Jede deutsche Regierung hat dieses Unrecht in feierlichen Erklärungen zurückgewiesen. Das ist zuletzt noch geschehen in dem Aufruf, den am 10. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages der Herr Reichspräsident v. Hindenburg und die Reichsregierung an das deutsche Volk gerichtet haben. Unermüßlich haben daneben die berufenen deutschen Stellen die Welt über die wahren Ursachen des Krieges aufgeklärt. Der Erfolg dieser Arbeit tritt immer deutlicher zutage; der Glaube an das Märchen von der Allschuld Deutschlands schwindet immer mehr. Das „Volksbegehren“ würde diese hoffnungsvolle Entwicklung um Jahre zurückwerfen.

Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen. Wer nicht in törichter Verblendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß diesen Volksbegehren fern bleiben. Wer es unterschreibt, fördert die Verletzung und die Verflämung des deutschen Volkes.

- Abelung, hessischer Staatspräsident; Abmayer, Oberbürgermeister von Köln; Albert, Reichsminister a. D.; Dr. Anshütz, Universitätsprofessor und Geheimrat; Dr. Dr. rer. pol. h. c. Aereboe, Professor und Geheimrat, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre; Dr. Blüher, Oberbürgermeister von Dresden; Braun, preussischer Ministerpräsident; Dr. h. c. Borch, Stuttgart; Bracht, Oberbürgermeister von Essen; Dr. Bredow, Reichsrundfunkkommissar, Staatssekretär a. D.; Dr. Bücher, Geheimrat; von Bülow, Oberpräsident der Provinz Grenzmark; Dr. Curtius, Reichswirtschaftsminister; Dr. Heel, jur. et med. h. c. Adolf Damaskos, Berlin; Deist, anhaltischer Ministerpräsident; Dietrich, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; Dr. Dr. h. c. Drexler, Reichspräsident; Dr. Dr. h. c. Drexler, Staatsminister a. D., Präsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts; Einlein, Professor; Gallenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes; Flügel, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes; Dr. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz; Dr. h. c. Gröner, Reichswirtschaftsminister; Gronowski, Oberpräsident der Provinz Westfalen; von Guérard, Reichsminister der Justiz; Dr. Dr. von Harnack, Professor, Wirklicher Geheimrat; Gerhart Hauptmann, Agnetendörfer; Dr. Hilferding, Reichsminister der Finanzen; Dr. Jasper, Vorsitzender des braunschweigischen Staatsministeriums; Frau Marie Juchacz, M. d. R.; Dr. Dr. jur. med., phil. et rer. pol. Kahl, ordentlicher Professor, Geheimrat, Justizrat; Frau Katharina von Karborski, Berlin; Dr. Kiene, Oberbürgermeister von Frankfurt a. O.; Dr. Kili, Reichsminister a. D.; Kürbis, Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein; Leipardt, Staatsminister a. D., M. d. R.; Dr. Lemald, Staatssekretär a. D.; Liebermann, Professor, Präsident der Akademie der Künste; Lippmann, Oberpräsident der Provinz Pommern; Loewig, Präsident des Senates der Freien und Hansestadt Lübeck; Lorenz, Vorl. d. Schaumburg-lipp. Landesregierung; Lüdemann, Oberpräs. d. Prov. Niederschlesien; Dr. Lufschel, Oberpräs. d. Prov. Oberschlesien; Dr. Meier, Oberpräs. der Prov. Brandenburg; Thomas Mann, München; Fr. v. Mendelssohn, Berlin; Fr. Maria Renke, Berlin; Dr. Meinede, Universitätsprofessor, Geheimrat; Müller, Reichsanwalt; Dr. Rulert, Präsident des Deutschen Städtetages; Roske, Oberpräsident der Provinz Hannover; Dr. Onden, Professor, Geheimrat; Dr. Petersen, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg; Dr. Pland, Professor und Geheimrat, Regierungsrat, Dr. phil. Rabatze, Kommerzienrat; Dr. Dr. Freiherr von Reibitz, mecklenburg-strelitzischer Ministerpräsident; Dr. Samsch, Reichspartei-Kommissar, Staatsminister a. D.; Dr. Schacht, Reichsbankpräsident; Dr. Schädel, Reichspostminister; Dr. Schmitt, badischer Staatspräsident; Gustav Schneider, M. d. R., Bundesvorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten; Frau Adele Schreiber-Krieger, M. d. R.; Dr. Schwander, Oberpräsident der Provinz Posen-Raßau; Severing, Reichsminister des Innern; Dr. h. c. Sier, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen; Dr. h. c. Stagemann, Reichsverkehrsminister; Richard Thoma, Professor; Dr. Dr. h. c. Wagner, Oberbürgermeister von Breslau; Dr. Wanner, Generalkonsul; Dr. Wenzig, Oberpräsident der Provinz Sachsen; Dr. Wirth, Reichsminister für die besetzten Gebiete; Dr. Witzel, Reichsminister; Frau Dr. Agnes von Zahn-Harnack, Berlin.

Schimpfkanonade

Daß die Reichsregierung mit der von ihr eingeleiteten Abwehr des Volksbegehrens ins Schwarze getroffen hat, zeigt am besten die Tatsache, daß in der deutschnationalen Presse, insbesondere in der deutschnationalen Provinzpresse, alle Register einer regelrechten Schimpfkanonade gezogen worden sind. Ganz besonders hat es ihr die Rundfunkrede des Reichsinnenministers Severing angetan, dessen sachliche Feststellungen sie mit dem üblichen unsachlichen Geschimpfe beantwortet. Es wird dem Reichsinnenminister Severing u. a. vorgeworfen, daß er eine unsachliche Haltung gegen das Volksbegehren eingenommen habe, daß er den Rundfunk zu einer Propagandarede mißbraucht habe, daß er nicht als Reichsminister, sondern als Parteimann gesprochen habe und bergleichen mehr. Es verlohnt sich nicht, auf diese unsachliche Kampfesweise der Reichsregierung einzugehen. In einigen Punkten aber ist es notwendig, ihre irreführenden Behauptungen richtigzustellen. Zunächst einmal muß die Darstellung der Reichsregierung berichtigt werden, als ob die Reichsregierung den Rundfunk ausschließlich für sich in Anspruch nehme und der Gegenseite keine Gelegenheit bliebe, sich auch ihrerseits den Rundfunk für das Volksbegehren dienstbar zu machen. Tatsache ist, daß die Reichsregierung diese Möglichkeit bekannten Führern der Volksbegehrier hat geben wollen. Wenn diese bisher, wie z. B. der deutschnationalen Abgeordnete Quast, der gleichzeitig mit dem demokratischen Abgeordneten Bernhart in einem Vorgespräch über das Volksbegehren im Rundfunk sprechen sollte, von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machten, so kann daraus doch der Reichsregierung kein Vorwurf gemacht werden. So viel wir wissen, ist auch den Herren Hugenberg und Selbte das gleiche Anerbieten gemacht worden. Man kann nur wünschen, daß diese beiden Herren von der ihnen gebotenen Gelegenheit, sich mit Gegnern des Volksbegehrens im Rundfunk auseinanderzusetzen, Gebrauch machen. Oder sollten die Volksbegehrier Scheu haben, sich in sachlicher Weise mit den Gegnern des Volksbegehrens auseinanderzusetzen?

Aus dem Besagten ergibt sich, daß der in der Reichsregierung erhobene Vorwurf des „Besinnungserrors“ in jeder Weise unberechtigt ist, ebenso unberechtigt wie die böshafte Frage, ob man etwa „des Volkes Stimme“ fürchte, da man sich alle Mühe gebe, das „nationale Volksbegehren zu bekämpfen“. O nein! Das Volkes Stimme braucht die Reichsregierung wahrlich nicht zu scheuen, wohl aber hat sie auf Grund der Erfahrungen deutschnationaler und nationalsozialistischer Propagandamethoden allen Anlaß zu fürchten, daß zwar nicht die Stimme des Volkes, wohl aber die Stimme eines Teiles des Volkes durch eine erlogene Propaganda irreführt wird. Das zu hindern ist nicht nur ihr gutes Recht sondern ihre selbstverständliche Pflicht.

Es fehlt natürlich auch nicht der Versuch der Reichsregierung, das Verbot der Stahlhelmgruppen in Rheinland und Westfalen mit dem Abwehrkampf gegen das Volksbegehren unmittelbar in Verbindung zu bringen. Die Reichsregierung versucht, aus bestimmten Vorgängen, z. B. aus der vorübergehenden Beschlagnahme von Flugchriften für das Volksbegehren, die sich in den Räumen des aufgelösten Stahlhelms befunden hatten, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung zu erbringen. Dieser Beweis ist aber vollkommen unzutreffend, denn alle den Stahlhelm nicht unmittelbar betreffenden Akten und Papiere sind nach erfolgter Prüfung sofort zurückgegeben worden, darunter auch die erwähnten Flugchriften und sonstige Schriftstücke, die das Volksbegehren betreffen. Ebenso falsch ist auch die Schlussfolgerung, daß die Auflösung des rheinisch-westfälischen Stahlhelms ein Schlag gegen das Volksbegehren sei, weil sie wenige Tage vor Beginn der Eintragung in die Listen erfolgte. Die Reichsregierung verweigert ihren Lesern nämlich, daß die Voruntersuchungen gegen den Stahlhelm schon eine Reihe von Wochen zurückliegen, daß des weiteren schon vor Wochen die diplomatischen Vertreter des Reichs im Ausland die militärischen Übungen des Stahlhelms betreffende Anfragen ausländischer Regierungen, bei denen sie bevollmächtigt sind, an die Reichsregierung weitergeleitet haben. Die Auslegung der Reichsregierung über die Rundfunkrede des Reichsinnenministers Severing und das Verbot des rheinisch-westfälischen Stahlhelms ist also keineswegs berechtigt. Wer diese Auslegung ist gar nicht ernst gemeint. Sie soll offenbar nur dazu dienen, die „Volksseele“ rechtsstehender Kreise „zum Kochen“ zu bringen, denn wie sollte man es anders verstehen, daß die Reichsregierung im gleichen Atemzuge Jeter und Mordio schreit und dann wieder versichert, das Volksbegehren als solches werde durch diesen „wohlgezielten Stoß der preussischen Regierung (Auflösung des Stahlhelms) keineswegs tödlich getroffen“. Mit derartigen Gewaltmaßnahmen werde der nationale Widerstand bestimmt nicht ausgerottet. Im Gegenteil, je schroffer die „Marschen“ das nationale Empfinden verletzen und bekämpfen, desto mehr wache der Kampfeswille des deutschen Volkes.

An einer anderen Stelle heißt es, der „gewalttätige Vorstoß gegen den Stahlhelm“ sei erfolgt ohne ein Republikausgesetz, er gebe aber ungefähr ein Bild von dem, was werden könne, wenn es Severing und Genossen gelingen sollte, in Zukunft im Geiste eines neuen, von Severing selbst entworfenen Republikausgesetzes regieren zu können. Hier wird zugleich in Angstmelei und Kraftmeierei gearbeitet, denn es heißt an einer anderen Stelle: „Mit solchen Mitteln werden die Severing und Genossen dem Volksbegehren gewiß nicht schaden und dem Youngplan ebenso gewiß nicht nützen.“ Da, wenn das nicht der Fall ist, wozu dann diese Aufregung, wozu das Ueberbieten in nationaler Phrasologie? Warum das alles, wenn die Volksbegehrier sich zu der Auffassung betonen, die u. a. in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wiedergegeben ist und darin geht, daß in der Rundfunkrede Severings und in dem Verbot des Stahlhelms eine Dummheit der Regierungspolitik, die im „Sinne der Gegenwart eine ungehörige Fülle sei“ erklärt werden muß.

Wie die ledernen... ist, löst... die Reff... nur mit... nur halb... öfter die... üben und... Wenn Sie... Wasser im... gewiß ber... ist und